

Info an die und von der  
**Polizei als**  
**Freund und Helfer**  
gegen die Grundrechtsverletzung  
**Geld regiert die Welt**

mittels der  
**Volksinitiative**  
**Verfassungsabstimmung**



[www.verfassungsbitte.de/ViVa](http://www.verfassungsbitte.de/ViVa)

(auch per SMS versendbar)

für

Das Gesetz mit dem  
**Geld regiert die Welt**  
**anfängt aufzuhören**


Das wird ein Gesetz nach dem **Beweis-Last-Umkehr-Prinzip**:

**Wer im Verdachtsfall nicht nachweisen kann, dass sein Geld keinen Einfluss auf politische Vorgänge hat, wird so empfindlich bestraft, dass wegen des hohen Strafrisikos jegliche Einflussnahme aufhört.**

## Weitergabe und Form dieser Information

Diese PDF ist auf quer gehaltenem Smartphone gut lesbar.

**Die erste Seite** sagt alles über **Inhalt und Quelle dieser Info** und kann auch für jedes Schwarze Brett gedruckt werden. Dabei kann die Größe eventuell auf Din A4 angepasst werden.

Mit dem Klicken auf das Symbol  in einer Überschrift kann man das entsprechende Präsentations-Video des Abschnitts ansehen. Auch die Videos zeigen am Anfang zur Weitergabe die Internet-Adresse dieser PDF als QR-Code und als Text zum Scannen oder Abtippen (und Versenden per SMS).

Nach verwenden eines Links innerhalb dieser PDF kommt man mit der Zurück-Funktion wieder in diese PDF zurück.

## Inhalt

Warum die Volksinitiative zur Verfassungsabstimmung?.....	3
Warum die Polizei als Freund und Helfer?.....	3
Polizei als Freund und Helfer.....	4
Ich deute den Gleichheitssatz.....	5
Wie alle Staatsdiener mithelfen müssen.....	6
Wie relevante Stellen hätten reagieren müssen.....	7
Führungskräfte, Verantwortung und Loyalität.....	8
Elektronische Abstimmung.....	9
Verfassungsdeutungen gegen Missachtung.....	9

## ▶ Warum die Volksinitiative zur Verfassungsabstimmung?

Abkürzungen: ViVa    Volksinitiative Verfassungsabstimmung  
WDM    **W**ürde **D**es **M**enschen  
GRV    **G**rund**R**echts**V**erletzung

Problem	Lösung
Geld regiert die Welt? (Wie und Wohin?)	Ist der Gleichheitssatz verletzt? (Ist das verfassungswidrig?)
Geld-Einfluss beenden? (Wie geht das?)	Jeden Einfluss verbieten? (Einzelne Verbote?)
Ausweichen möglich? (Wie vermeiden?)	Beweis-Last-Umkehr (BLU)? (Zwingend erforderlich?)
Gesetzgeber ignoriert das? (Andere Staatsdiener?)	Pflicht zum Schutz der WDM? (=> GRV entgegen wirken?)
Staatsapparat ignoriert das? (Gewalt-Monopol?)	ViVa mit Mehrheit des Volkes? (mit Polizei als F. u. H.?)

## ▶ Warum die Polizei als Freund und Helfer?

**Freund** als Staatsdiener, der das Gewaltmonopol ausübt.

**Helfer** als Staatsdiener, der die Menschenwürde schützen muss  
(und auch GRV entgegen wirken muss).

**Vorbild** als Staatsbürger, der das Grundgesetz gut kennt.

## **Polizei als Freund und Helfer**

**Sehr geehrte Damen und Herren Polizeikräfte,**  
wie viele andere Deutsche haben wahrscheinlich auch viele von Ihnen den Frust durch unfassbare Unverschämtheiten “unserer” Politiker samt Ohnmacht mangels Handhabe satt.

Alle Staatsgewalt soll vom Volk ausgehen und zwar von demokratisch gleichberechtigten Staatsbürgern, egal wie reich sie sind. Tatsächlich gilt aber **“Geld regiert die Welt”** und das heißt, dass an allen Ecken und Enden des menschlichen Lebens die Wahrheit am Geld-Einfluss leidet. Sie wird verdreht, verheimlicht oder gar geleugnet, zu unser aller Schaden und zum finanziellen Nutzen der Geldgeber. Das gilt nicht nur für die Politik, in der entsprechend der Wahrheit “gut” entschieden werden soll, sondern auch für die “Lieferanten” der Wahrheit in Medien und Wissenschaft.

Wohin die **Herrschaft der Reichen** geführt hat, ist heute offensichtlicher denn je: Die Menschen sind von politischen Entscheidungen teils so frustriert, dass es viele gar nicht mehr aushalten, ohne wegzusehen, weil sie ansonsten depressiv würden, was nicht wenigen tatsächlich so geht.

Well die von mir entdeckte Handhabe auf dem Grundgesetz beruht, das Sie natürlich besser kennen als viele andere, können Sie unseren Landsleuten ein gutes Beispiel sein und **meiner Deutung des Gleichheitssatzes beipflichten.**

Denn das sollten bis zur Mehrheit immer mehr Menschen tun, die bisher politisch frustriert in Ohnmacht erstarrt sind.

 **Bisher keine Ergänzungen im Präsentations-Video**

## Ich deute den Gleichheitssatz

“Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“

bezüglich des Einflusses auf politische Vorgänge wie folgt:

- Solange mehr Einfluss erkaufen kann, wer mehr Geld hat, sind **NICHT ALLE GLEICH (EINFLUSSREICH)** und das Grundrecht auf Gleichbehandlung ist verletzt.
- Das bleibt so, solange mit kreativ neu gesuchten Einfluss-Möglichkeiten jede konkrete gesetzliche Maßnahme umgangen werden kann.
- Nur das folgende **Beweis-Last-Umkehr-Prinzip** wirkt gegen finanziellen Einfluss umfassend und dauerhaft:  
**Wer im Verdachtsfall nicht nachweisen kann, dass sein Geld keinen Einfluss auf politische Vorgänge hat, wird so empfindlich bestraft, dass wegen des hohen Strafrisikos jegliche Einflussnahme aufhört.**
- Deshalb ist dieses **Beweis-Last-Umkehr-Prinzip verfassungsrechtlich zwingend erforderlich** und vom Gesetzgeber (mIt Ausnahme wegen [Art. 17 GG](#)) **unverzüglich gesetzlich umzusetzen.**

Diese Deutung durchzusetzen ist Ziel meiner Anstrengung.

Wer sie anzweifeln möchte, möge sich klar sein, welche der Fragen im Dokument [Demokratische Gleichheit](#) er verneint.

Auch den [göttlichen Sinn](#) von **Fragen nach der Wahrheit** sollte jeder kennen, der versteht, aber nicht verstehen will.

Staatsdiener können Inhalte des Grundgesetzes nur ohne menschliche Konsequenz ignorieren, solange eine bindende klare Deutung fehlt (der notfalls das Volk zugestimmt hat).

 **Fehlende Ergänzung: Abstimmungsfrage zum Gleichheitssatz**



## ▶ **Wie alle Staatsdiener mithelfen müssen**

Das Dokument [Grundlage des Grundgesetzes](#) fragt nach allen Details in [Art. 1 GG](#). Davon folgt hier nur, was für das Verständnis der weiteren Ausführungen erforderlich ist:

- Ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die Würde des Menschen zu schützen und ist dazu auch für die Wahrung seiner Grundrechte einzustehen?
- Müssen also alle Staatsdiener jeder **Verletzung von Grundrechten mit all ihren Möglichkeiten entgegen wirken**, wozu auch gehört, andere zu informieren?
- Ist ebenfalls erste verfassungsmäßige Pflicht aller Polizeikräfte, erkannte Grundrechtverletzungen wenigstens öffentlich zu bekennen, um entgegen zu wirken auch wenn sie sich ansonsten nur mit Straftaten zu beschäftigen haben und nichts Konkretes tun können?
- Sollten Staatsbürger Polizeikräfte über eine erkannte Grundrechtsverletzung informieren, weil die Polizei **MULTIPLIKATOR UND VORBILD SEIN KANN** (und auch damit sie gegen den Missbrauch des von ihr ausgeübten Gewalt-Monopols gewappnet ist)?
- Muss jede Führungskraft von Staatsdienern ihre "Untergebenen" informieren, wenn sie von einer Grundrechtsverletzung erfährt, weil sie ansonsten ihre erste verfassungsmäßige Pflicht verletzt?
- Gilt das beispielsweise auch für Fraktionsführer?

Wer davon etwas anzweifeln möchte, möge sich klar sein, welche dieser oder der entsprechenden Fragen aus dem Dokument [Grundlage des Grundgesetzes](#) er verneint.

▶ Bisher keine Ergänzungen im Präsentations-Video

## **Wie relevante Stellen hätten reagieren müssen**

Ein Offener Brief ging bereits zum Jahreswechsel 24/25 per Email an elf staatliche Stellen mit besonderer Relevanz:

- an die **7 Bundestagsfraktionen bzw. Gruppen** (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke, AfD, BSW), die als erstes Glied der Gesetzgebung in Sachen Beweislast-Umkehr hätten aktiv werden müssen.
- an **Bundespräsident** und **Verfassungsschutz** die hätten die Nation informieren bzw. alle untätigen Staatsdiener für verfassungsfeindlich oder zumindest verfassungsuntreu erklären müssen.
- an **Bundesverfassungsgericht** und **GBA**, die auch an die Öffentlich hätten gehen müssen.

Man kann (und sollte) auch Verständnis dafür entwickeln, warum KEINE ANGEMESSENE REAKTION ERFOLGTE. Die in Kenntnis Gesetzten begriffen vielleicht größtenteils die Tragweite der Sache gar nicht oder blieben eventuell auch aufgrund im nächsten Abschnitt erfragter Motive untätig.

 Bisher keine Ergänzungen im Präsentations-Video

[weiter zur nächsten Seite](#)

## **Führungskräfte, Verantwortung und Loyalität**

1. Ist verständlich, dass Polizeikräfte der Leitung ihrer Dienststelle gegenüber loyal sein wollen und sich nicht ungefragt (quasi hinterrücks) einem Bekenntnis wie dem meinen anschließen möchten?
2. Sind aber verfassungsmäßig alle Polizeikräfte samt Leitung in der gleichen Pflicht, die Würde des Menschen schützen zu müssen und dazu jeder Verletzung von Grundrechten entgegen zu wirken?
3. Kann eine Führungskraft (wie der Bundespräsident für ganz Deutschland oder die leitende Person einer Polizei-Dienststelle) bei übermäßig missliebigen Verhalten ggf. von wirkmächtigen Finanzkräften aus dem Amt entfernt, eventuell sogar ermordet werden?
4. Muss genau damit eine Führungskraft rechnen, wenn sie ein so rigoroses Anliegen unterstützt, wie meines, ohne dass sie quasi von "unten" dazu gezwungen war?
5. Sollten deshalb Polizeikräfte ihrer Leitung nicht Loyalität entgegen bringen wollen, sondern besser ihre eigene Verantwortung tragen, um ihre Leitung zu entlasten?
6. Könnten deshalb innerhalb einer Dienststelle die Polizeikräfte im Stillen unter sich die Zustimmenden zählen und erst bekannt geben, wieviele gefragt wurden und wieviele zugestimmt haben, wenn so viele gefragt wurden, dass ihnen keine Entlassung mehr droht?

Nach diesen Fragen dürfte klar sein, warum die Information dieser Datei **eventuell** sogar möglichst diskret **an die Polizeikräfte** und **innerhalb der Polizei** weiter gegeben werden sollte.

 **Bisher keine Ergänzungen im Präsentations-Video**

## ▶ Elektronische Abstimmung

Eine Elektronische Abstimmung kann günstig realisiert werden, auch wenn sie Folgendes zu erfüllen hat:

- Abstimmungen sollen bundesweit anonym sein.
- Es soll nur teilnehmen können, wer wahlberechtigt ist.
- Die Zahl der Zustimmenden muss nachweisbar sein.
- Es wird auch über weitere Fragen abzustimmen sein.
- Es genügt jeweil eine JA-NEIN-Frage zu beantworten.

Beispiel-Abstimmungsfrage zum Gleichheitssatz



Diese Pflicht-Punkte stehen bereits fest und sind weitgehend durchdacht. Eine komplette Dokumentation wird folgen.

▶ Bisher keine Ergänzungen im Präsentations-Video

## ▶ Verfassungsdeutungen gegen Missachtung

Dass die zuständigen Stellen nicht so arbeiten, wie sie eigentlich sollten, auch nicht wenn ich sie als Einzelner darauf hinweise, führt mich zu dem Gedanken, dass die Deutschen wohl erst mehrheitlich wach werden müssen, um sich mir anzuschließen, indem sie mir beipflichten, wie der Gleichheitssatz politisch wirksam umzusetzen ist.

Nach der ersten erfolgreichen Abstimmung kann später z. B. auch über die folgenden Deutungen abgestimmt werden:

1. **Gleichheitssatz** => Zum Ende politischen Geld-Einflusses
2. **Republik** => Veröffentlichungs-Pflicht => Volle Transparenz
3. **Abstimmungen** => Direkte Demokratie auf Bundesebene

Worte, Sätze oder Passagen aus dem Grundgesetz konkret zu deuten, ist übrigens eine völlig logische Anwendung der Verfassungsgebenden Gewalt ohne eine Änderung am Text des Grundgesetzes, aber mit erfreulich positiver Wirkung und aus beiden Gründen sehr zustimmungsfreundlich.

 Bisher keine Ergänzungen im Präsentations-Video